

Demokratie heißt Streitkultur

In Deutschland, Österreich und der Schweiz lässt sich derzeit beobachten, wie RechtspopulistInnen die Mär von den Zwangsgebühren propagieren.

Ziel ist dabei, öffentliche Medien, wie den ORF, die ARD und ZDF oder auch die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft zu disqualifizieren. Es ist kein Zufall, dass sich rechtspopulistische Parteien in Europa auf die öffentlich (also mit Steuergeldern) finanzierten und paritätisch besetzten Medien einschließen – denn sie sind das, was als vierte Säule der Demokratie bezeichnet werden kann: Öffentliche Medien haben im Unterschied zum privatisierten Boulevard (Stichwort: Krone- und Bildzeitung usw.) einen gesellschaftlichen Aufklärungs- und Bildungsauftrag.

Die Medienschelte ist zugleich das, was RechtspopulistInnen so sehr an Mr. Trump fasziniert und was sie aus Machtgründen nur zu gerne kopieren: In dem nicht genehme (öffentliche) Medien als Fake News diffamiert werden, kann man sich prima gegenüber der Kritik immunisieren oder sich gar zum Opfer stilisieren. Daher auch das Interesse an privat finanzierten und von einigen mächtigen Geldgebern monopolisierten Medien. Entscheidend ist, dass man kommerziell ausgerichtete und von potenten Geldgebern abhängige private Medien viel leichter handzahn machen kann: Wer auf Auflagen und Einnahmen schießt, wird daran interessiert sein, auf der aktuellen Erregungswelle mitzureiten und sie nicht hinterfragen. Um ein Beispiel zu nennen: Mit der Erzählung vom Sozialschmarotzer lässt sich die Auf-



© ORF/Thomas Ramstorfer

Ziel der rechtspopulistischen Parteien ist, öffentliche Medien, wie den ORF zu disqualifizieren.

lage oder Einschaltquote viel leichter steigern als mit der komplexen Analyse politisch verursachter Armut.

Ebenso ist es viel leichter, an die „niederen Instinkte“ der Menschen zu appellieren als an Gefühle der Solidarität und der Empathie. Der privatisierte Journalismus verkommt so im besten Falle zur unkritischen Hofberichterstattung – PopulistInnen lassen sich nicht ohne Grund auch außerhalb des Wahlkampfes gerne mit Hunden, Kindern und Partnerinnen ablichten. Die Streitkultur sowie die Fähigkeit zur öffentlichen (Selbst-)Kritik sind aber gerade jene Fundamente, die demokratische Gesellschaften und Politik auszeichnen.



Dr. Nadja Meisterhans,
Politikwissenschaftlerin,
Institut für Gesellschafts- und
Sozialpolitik, JKU